

Ist der Islam eine Religion des Friedens und mit der Grundrechtendemokratie, den Menschenrechten und dem Grundgesetz vereinbar ?

Veröffentlicht am [23.11.2016](#) von [PAX EUROPA](#)

► Inhalt eines Vortrags von *Siola Berg* während eines Stammtischtreffens des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Der angesehene Historiker Hans-Ulrich Wehler, neben Jürgen Habermas und Ralph Dahrendorf der beste Kenner der sozialen Schichtung Deutschlands, schreibt im 5. Band seiner Gesellschaftsgeschichte im Jahre 2008 auf der Seite 438: "...durch Zuwanderung ist in Deutschland ein neues Subproletariat entstanden, das, assimilations- und bildungsfern, in seinen ghetto-ähnlichen Wohnquartieren, in denen der Einfluss eines fundamentalistischen Islamismus um sich greift, den Aufenthalt in einer abgeschlossenen Subkultur der Integration vorzieht. Dort könnte sich ein Sprengstoff ansammeln, der die Rote Gefahr des 19. Jahrhunderts bei weitem übertrifft".

Basis für die Beurteilung einer jeden Religion ist das in ihren Quellentexten grundlegende Selbstverständnis und damit verbunden die Frage, ob die grundlegenden Worte und die historischen Taten kongruent sind. Auf dieser Ebene entscheidet sich auch die Frage, ob der Islam eine Religion des Friedens ist. Der Koran, der im Laufe von 22 Jahren entstand (Ömer Özoj), ist die oberste normative Quelle für alle religiösen, moralischen und rechtlichen Vorschriften. Nur die ethischen Werte des Korans sind mit westlichen Werten vereinbar. Es gibt die „mekkanischen Suren“ vor der Auswanderung Mohammeds nach Medina, die den Glaubensinhalt für Muslime vorschreibt und die späteren „medinensischen Suren“, die Allah dem Propheten in Zeiten des Krieges schickte. Zum Kriegsherrn wurde der Prophet erst als er zum anerkannten Anführer in Medina aufgestiegen war (Mathias Rohe). Danach kam es zum tödlichen Kampf gegen die Ungläubigen. Die Scharia im „engeren Sinne“ verweist auf die für das westliche Demokratieverständnis berüchtigten Praktiken von Rechtsvorschriften, z. B. der Ungleichbehandlung von Geschlechtern und Religionen sowie drakonische Körperstrafen. Die meisten Männer, die in Allahs Namen morden, haben in Moscheen gebetet und lesen aus dem Koran die Rechtfertigung ihres Tuns heraus. Die Brutalität der IS-Kämpfer und anderer muslimischer Dschihadisten in der Kriegsführung gehen unmittelbar auf die Anweisungen Mohammeds in seiner „imperialen Phase“ zurück, sie sind geradezu urislamisch und entsprechen der Anfangszeit des Islams im 7. Jahrhundert. Diese Gotteskrieger handeln alle im Namen Allahs und nicht im Namen einer politisch-weltlichen Ideologie. Die bedeutendsten religiösen Führer der islamischen Welt äußern sich entweder nicht zur Gewaltfreiheit des Islams, weil sie sich an die historischen Aussagen Mohammeds, der Sunna, gebunden fühlen oder sie fordern zu „Märtyreranschlägen“ auf wie der maßgebliche Theologe der Al-Az-Universität Kairo, Prof. Dr. Muhammed Said Tantawi.

Der Islam stellt also generell jede Rechtsordnung unter die aus dem Koran und der Prophetentradition abgeleitete, letztlich religiös begründete Scharia. Das gilt selbst für die Menschenrechte. Repräsentativ für diese Unterordnung sind die Art. 24 und 25 der Kairoer Erklärung über die Menschenrechte im Islam aus dem Jahr 1990: „Alle in dieser Erklärung aufgestellten Rechte und Freiheiten unterliegen der islamischen Scharia“. „Die islamische Scharia ist der einzige Bezugspunkt für die Erklärung oder Erläuterung eines jeden Artikels in dieser Erklärung“. Der radikale, fundamentalistische Islam ist eng verbunden mit Hass auf Homo- sexuelle und Juden, die in vielen islamischen Ländern mit dem Tode bestraft werden.

Seit dem 7. Jahrhundert bis heute wird der Vorwurf der Ungläubigkeit („kuffar“) an die nicht-islamische Welt erhoben. Die christliche Ethik begründete Jesus Christus, er war ein friedlicher, jüdischer Wanderprediger, der jegliche Gewaltanwendung ablehnte. Für Christen gibt es keine generelle Überordnung des Neuen Testaments über die Menschenrechtserklärungen oder die positive Rechtsordnung. Es gilt vielmehr die begründete Trennung von Religion und Politik und von Kirche und Staat (Manfred Spieker). Im Johannesevangelium heißt es: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Im Islam fehlte diese Trennung zwischen Religion und weltlicher Macht von Anbeginn. Religiöse Neutralität im öffentlichen Leben ist für die meisten Muslime nicht vorstellbar. Zur geistigen wie physischen Auslöschung der christlichen Kultur im Nahen und Mittleren Osten nehmen muslimische Verbände und Organisationen nicht Stellung, weil es sich ja um Ungläubige handelt. So heißt es im Koran in Sure 2/192: „... und tötet sie (die Ungläubigen), wo immer ihr auf sie stößt, und vertreibt sie von dort“... . Oder es heißt in Sure 5/22: „Oh, die ihr glaubt! Nehmet nicht Juden und die Christen zu Freunden“.... .

Die in Deutschland agierenden Dachverbände sind weit entfernt von der Erschließung eines aufgeklärten, humanistischen Islams. Es fehlt eine Reformtheologie analog der historisch- kritischen Bibelauslegung im Christentum. Schon der Gründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, hielt 1923 den Islam für eine „unreformierbare Religion“. Deshalb setzte er statt der Scharia bürgerliches Recht durch mit Bildungsmöglichkeiten für Frauen sowie alle politischen Rechte als auch das Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen. In der Türkei wird das säkulare Erbe Atatürks von Staatspräsident Erdogan verworfen und der religiöse Fundamentalismus ist auf dem Vormarsch in einen islamischen Staat. Tausende Bürger in Deutschland mit türkischer Herkunft und mit deutschem Pass, werden von Staatspräsident Erdogan unter Mitwirkung der Islamverbände als fünfte Kolonne für seine politischen Zwecke benutzt. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Bevölkerung identifiziert sich nach dem Verständnis Erdogans mit der türkischen Ehre. Eine aktuelle Befragung der Universität Münster vom Juni 2016 belegt: 47 % der befragten Deutsch-Türken mit deutschem Pass sagen, dass die „Befolgung der Religion wichtiger ist als die Gesetze des Landes, in dem ich wohne“.

Die zunehmenden heftigen Anfeindungen türkischer Fundamentalisten und Nationalisten gegen muslimische Journalisten und Islamwissenschaftler an deutschen Universitäten zeigen das wahre Gesicht und die Gefährlichkeit des

fundamentalistischen, traditionellen Islams für unser kulturelles Selbstverständnis von Freiheit und Vielfalt der Meinungen in der Grundrehtedemokratie. Der syrische Islamwissenschaftler Bassam Tibi kritisiert den sorglosen Umgang der deutschen politischen Elite mit der Religion des Islams: „Saudi-Arabien und die Türkei führen im Westen einen religiösen Eroberungskrieg. Ihre Waffen sind Propaganda und der Vorwurf der Islamfeindlichkeit“.

Die in Deutschland einflussreichen Islamverbände, die sich im Zentralrat der Muslime zusammengeschlossen haben, vertreten nur eine bescheidene Quote von ca. 15 % aller Muslime ohne die Alewiten, sie beanspruchen aber für die Mehrheit aller Muslime zu sprechen. Sie müssten sich demokratisch legitimieren und endlich Verantwortung übernehmen, um nicht den Islamisten die Deutungshoheit zu überlassen. Stattdessen betreiben sie in ihrer Mehrheit immer noch den fundamentalistischen, traditionellen Islam nach der Buchreligion des Korans. Solange sie auf die Beibehaltung der Urquellen des Islams bestehen, können sie nicht glaubwürdig Gewalt ablehnen und gegen Intoleranz sprechen, denn Gewalt und Intoleranz wird über diese Quellen gepredigt. Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime kann, ohne Widerspruch zu ernten, „nur vor Ahnungslosen und Ignoranten erklären > der Islam bedeutet Frieden < und es mit Einverständnis unserer willfährigen Politik.... verbreiten“. (Tilman Nagel).

Murrat Kaymann, Koordinator des türkischen Moscheenverbandes der Ditib und Bekir Alboga, der Ditib-Beauftragte für den innerreligiösen Dialog werden immer wieder von Spitzenpolitikern und hohen Kirchenvertretern zum Dialog eingeladen. Ihnen wird sogar die Möglichkeit eingeräumt, bei der Besetzung von Lehrstühlen für Islamwissenschaftler an deutschen Universitäten mitzubestimmen. Gleichzeitig diffamieren und bedrohen sie auf ihrer Webseite Islamwissenschaftler, die sich für eine aufgeklärte Auslegung des Korans und den christlich-muslimischen Dialog engagieren. Thomas Thiel und Tilman Nagel fragen: „Warum müssen sie für ihren Mut und ihre Kritik in Todesgefahr schweben“, wenn sie sich gegen eine „politisch-religiöse Ideologie des Islams wenden.“

Die muslimischen Verbandsvertreter versuchen über Gerichtsentscheidungen Einfluss zu ihren Gunsten auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu nehmen. Das Kopftuchurteil 2015 des BVerfG unterstützt ungewollt die Ungleichheit der Frau, weil das Kopftuch keine Volkstracht, sondern ein Symbol für „Geschlechter-Apartheid“ ist. Sie gilt als zivilisatorische Abgrenzung, nicht dazu gehören zu wollen. Deutschland ist ein säkularer Staat und deshalb darf die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nicht durch eine unbegrenzte Betätigung der Religionsausübung nach Art. 4, Abs. 2 GG beeinträchtigt werden.

Die Mehrheitsbevölkerung erwartet von den politischen Entscheidungsträgern bisher vergeblich eine klare an den Fakten orientierte Stellungnahme zum Islam mit seinem religiösen Absolutheitsanspruch, seinem Buchstabenglauben und seinem weltweiten Missionswillen. Der Publizist Hamed Abdel-Samad schrieb am 25. 10. 2016 im Standard: Die Theologie der Gewalt im Islam habe wie eine „Seuche“ alle islamischen Länder befallen – und auch alle europäischen Staaten, wo Muslime leben.“ Er

prangert die Toleranz im Umgang mit dem Islam an. Europäische Politiker seien naiv, würden Extremisten Schlupflöcher bieten. Statt Parolen, fordert er harte Maßnahmen.

Das Haupthindernis für eine gelungene Integration von Moslems in Deutschland besteht nach dem Soziologen Ruud Kopmanns „in der Weigerung, sich zu assimilieren“, d.h. die freiwillige Annahme der Sprache, der Gewohnheiten und Bräuche ihres Aufnahmelandes. Der Koran kann in der gegenwärtigen Fassung kein wesentliches, integrierendes Element der deutschen Kultur sein. Solange die machtbewussten Geistlichen eines so verstandenen Islams den Koran wörtlich nehmen und diese Suren ihren Gläubigen hier in der Moschee vortragen und religiös Abtrünnige mit dem Tode bedrohen und Frauen die Gleichberechtigung verweigern, kann der Islam nicht zur Kultur Deutschlands mit seinem Demokratieverständnis werden oder jemals gehören.